

# ***Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise***

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Gremium: 1. Digitaler Länderrat  
Beschlussdatum: 02.05.2020  
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Die zivilisatorische Errungenschaft des individuellen Rechts auf Asyl ist einer  
2 der menschenrechtlichen Grundpfeiler des internationalen und deutschen Rechts  
3 und der Europäischen Union. Es muss geschützt werden, zu jeder Zeit. Doch schon  
4 vor der Pandemie haben die Mitgliedstaaten der EU es nicht vermocht, dieses  
5 Recht zu achten und gemeinsam zu schützen. Sie ließen zu und lassen bis heute  
6 zu, dass Menschen auf der Flucht ertrinken und in überfüllten Lagern auf  
7 europäischem Boden monate- und jahrelang feststecken. Eine solidarische  
8 Verteilung der Menschen, die nach Europa kommen, wurde bislang ebenso wenig  
9 erreicht wie ein gemeinsames europäisches Asylsystem.

10 Jetzt, in Zeiten der Krise, drohen diese Versäumnisse zu einer noch größeren  
11 Katastrophe zu werden: Die von einigen Ländern der EU zugesagte Verteilung  
12 besonders schutzbedürftiger Menschen aus den überfüllten Lagern auf den  
13 griechischen Inseln verzögert sich lebensgefährlich. Und auch auf dem Mittelmeer  
14 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten aus der Verantwortung gezogen. Wenn  
15 Schutzsuchende im zentralen Mittelmeer gerettet werden, verdanken wir das einzig  
16 und allein dem Engagement der ehrenamtlichen Seenotrettungsorganisationen. Die  
17 Pandemie stellt jeden EU-Mitgliedstaat vor schwierige Herausforderungen.  
18 Momentan wird sie jedoch als Vorwand genutzt, um Hilfsorganisationen beim Retten  
19 von Menschenleben zu behindern und die staatliche Seenotrettung weiter  
20 auszusetzen. All das nun mit dem Hinweis auf die Gefährlichkeit des Virus, auf  
21 fehlende gesundheitliche Ressourcen in Südeuropa und aus Angst vor weiteren  
22 Infizierten. Doch Europa darf Menschen nicht ertrinken lassen.

23 Das Corona-Virus unterscheidet nicht nach Herkunft, Religion oder Aussehen. Es  
24 fragt nicht danach, ob wir aus Deutschland, Afghanistan oder Syrien sind. Es  
25 gefährdet uns alle. Und es ist, nach den Worten des Bundespräsidenten, eine  
26 Prüfung für unsere Menschlichkeit. Für uns GRÜNE ist klar, dass wir diese Krise  
27 nur gemeinsam meistern können. Wir riskieren keine Toten, wo wir Leben retten  
28 können – nicht hier, aber auch nicht in Italien, Griechenland oder auf dem  
29 Mittelmeer. Wir setzen europäische Werte und Solidarität nicht aufs Spiel, wo  
30 sie dringender denn je gebraucht werden. Wir haben ein Ziel: Wir lassen  
31 niemanden zurück, auch nicht die Geflüchteten in Deutschland und an den  
32 europäischen Außengrenzen.

33 **Schutzbedürftige aufnehmen, menschenwürdige Bedingungen schaffen, vor Corona**  
34 **schützen**

35 Durch die Corona-Krise hat sich die Verteilung der Menschen aus den überfüllten  
36 Lagern auf den griechischen Inseln nochmal lebensgefährlich verzögert.  
37 Eigentlich hatten Anfang März sieben Mitgliedstaaten angekündigt, insgesamt

38 1.600 besonders Schutzbedürftige von dort aufzunehmen. Doch bis heute haben  
39 lediglich Luxemburg und Deutschland Menschen zu sich geholt – zusammen insgesamt  
40 59 Kinder. Das ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.  
41 Mehr als 35.000 Geflüchtete stecken auf den griechischen Inseln fest, 18.000  
42 alleine im Camp Moria auf Lesbos, das ursprünglich für 3.000 Menschen konzipiert  
43 war. Es fehlt an Medikamenten, Toiletten, Platz zum Abstandhalten. Nicht einmal  
44 fließend Wasser gibt es jeden Tag. Niemand kann sich dort ausreichend vor einer  
45 Ansteckung mit dem COVID-19-Virus schützen. Auf ganz Lesbos gibt es nur sechs  
46 Intensivbetten. Angesichts dieser Bedingungen ist es nur nachvollziehbar, dass  
47 die Geflüchteten große Angst um sich und ihre Liebsten in den Camps haben, wenn  
48 das Virus dort ankommt. Dass die Bundesregierung es nach langem Ringen geschafft  
49 hat, gerade einmal rund 50 Kinder aufzunehmen, ist unter diesen Umständen  
50 beschämend.

51 Viele Städte und Gemeinden in Deutschland und auch in anderen europäischen  
52 Staaten, selbst ganze Bundesländer haben ihre Bereitschaft signalisiert, viel  
53 mehr Menschen aufzunehmen. Darum müssen nun sofort als erstes die besonders  
54 schutzbedürftigen Menschen, also unbegleitete Kinder und Jugendliche, Familien,  
55 Schwangere, chronisch Kranke, traumatisierte Personen, Menschen mit Behinderung  
56 und Ältere von den Inseln geholt werden. Die Bundesländer, die deutlich erklärt  
57 haben, dass sie Kapazitäten für mehr Menschen haben und aufnehmen wollen, müssen  
58 nun aktiv werden, Landesaufnahmeanordnungen erlassen und mit dem  
59 Bundesinnenminister ein Einvernehmen über die Aufnahme herstellen. Doch einzelne  
60 Bundesländer können die Probleme der Europäischen Asylpolitik nicht im  
61 Alleingang lösen. Sie können nur ihren Beitrag leisten und vom  
62 Bundesinnenministerium einfordern, dass Deutschland die eigenen Möglichkeiten  
63 nutzt und endlich Verantwortung übernimmt. Die hierzulande vorhandenen  
64 Kapazitäten dürfen nicht ungenutzt bleiben.

65 **Wir GRÜNE fordern, in den nächsten Wochen zuerst die besonders schutzbedürftigen**

66 **Menschen, wie unbegleitete Minderjährige, Familien mit kleinen Kindern oder**  
67 **Corona-Risikofälle zu evakuieren.** Familien dürfen nicht auseinandergerissen  
68 werden, auch wenn sie durchs enge Raster der Kernfamilien-Definition in der  
69 Dublin-Verordnung fallen. Es ist absurd, wenn ein minderjähriger Junge nach  
70 Deutschland kommt und von seiner Schwester getrennt wird, die mit einem kleinen  
71 Kind in Moria zurückbleibt.

72 Aufgrund der Ausbreitung von COVID-19 können derzeit viele Visa mangels  
73 Flugverbindungen nicht genutzt werden und verfallen. Daher braucht es einen  
74 großzügigen Umgang mit Fristen und Verlängerungen von bereits ausgestellten  
75 Visa. Da dies auch den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten in  
76 Deutschland betrifft, der ohnehin auf maximal 1.000 Menschen pro Monat begrenzt  
77 ist, fordern wir die Übertragung nicht ausgeschöpfter Kontingente auf die Zeit,  
78 in der konsularischer Betrieb wieder vollumfänglich aufgenommen werden kann und  
79 Flugverbindungen existieren. Sobald es wieder möglich ist, sollten die  
80 Visaabteilungen personell aufgestockt werden, um zügig die aufgelisteten Anträge  
81 abarbeiten zu können.

82 Um Menschen nicht noch länger im Ungewissen zu lassen, setzen wir uns dafür ein,  
83 die 6-monatige Dublin-Rücküberstellungsfrist nicht zu verlängern oder  
84 auszusetzen, sondern die Zuständigkeit für das Asylverfahren nach Ablauf der  
85 Frist anzuerkennen.

86 Auch die EU-Kommission muss ihren Teil dazu beitragen, die menschenunwürdige  
87 Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln zu beenden und dabei  
88 unterstützen, dass die sichere Aufnahme der Geflüchteten in anderen EU-  
89 Mitgliedstaaten finanziert wird. Statt 280 Millionen Euro dafür auszugeben,  
90 überfüllte Lager einige Kilometer weiter durch geschlossene Freiluftgefängnisse  
91 für die Geflüchteten zu ersetzen, sollte die medizinische und humanitäre  
92 Versorgung der Menschen verbessert werden.

### 93 **Häfen öffnen, Menschenleben retten**

94 Über Ostern wurde von überfüllten Booten im Mittelmeer berichtet, die Notrufe  
95 abgesetzt hatten, jedoch von den maltesischen und italienischen Behörden  
96 ignoriert wurden. Die Bundesregierung forderte von den Seenotrettungs-NGOs sogar  
97 einen Stopp ihrer Rettungseinsätze im Mittelmeer. Damit unterstützt Deutschland  
98 die Blockadepolitik Italiens, Maltas und anderer Mitgliedstaaten und nimmt in  
99 Kauf, dass Menschen im Mittelmeer sterben oder aber in libysche Folterlager  
100 zurückgebracht werden, wo auf sie die Hölle auf Erden wartet. Das ist zutiefst  
101 unmenschlich.

102 Im zentralen Mittelmeer trotzen zivilgesellschaftliche Seenotretter\*innen der  
103 tödlichen Blockadepolitik und retten auch in Zeiten von Corona so viele Leben  
104 wie nur möglich. Wir GRÜNE stehen an der Seite dieser starken und solidarischen  
105 Zivilgesellschaft und stellen uns ihrer zunehmenden Kriminalisierung entgegen.

106 Die Pandemie erfordert zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen, aber sie entbindet einen  
107 nicht von der Pflicht, Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Die Häfen Italiens  
108 und Maltas sind offen, es fahren täglich Schiffe ein und aus. Es gibt keinen  
109 Grund, sie ausgerechnet für Rettungsschiffe zu schließen.

110 **Wir GRÜNE fordern, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit anderen**  
111 **Mitgliedstaaten und der EU-Kommission dafür einsetzt, dass Italien und Malta**  
112 **ihre Häfen für Rettungsschiffe wieder öffnen.** Und wir brauchen dringend und  
113 weiterhin ein europäisches Seenotrettungsprogramm für das Mittelmeer, zu dem  
114 auch Deutschland mit Booten seinen Beitrag leisten muss.

115 Um eine mögliche Ausbreitung des Virus zu verhindern, können Schutzsuchende auf  
116 derzeit still liegenden Fähren und Kreuzfahrtschiffen in 14-tägige Quarantäne  
117 gebracht werden. Danach muss eine Verteilung der Menschen auf EU- Staaten  
118 erfolgen. Hierfür braucht es eine Neuauflage und Erweiterung des Abkommens von  
119 Malta aus dem vergangenen September.

### 120 **Ein gerechtes und effizientes Europäisches Asylsystem voranbringen**

121 **Wir GRÜNE setzen uns für eine Reform des Europäischen Asylsystems ein. Dabei**  
122 **müssen faire, zügige und rechtsstaatliche Verfahren überall in Europa genauso**  
123 **wie ein funktionierender Verteilmechanismus im Zentrum stehen.** Langwierige  
124 Verfahren, Zulässigkeitsprüfungen und Vorprüfungen von Asylanträgen führen zu

125 unmenschlichen Situationen wie derzeit auf den griechischen Inseln. Und genau  
126 das wollen wir vermeiden. Schutzsuchende müssen deshalb an den Außengrenzen  
127 schnell registriert werden, einen Gesundheitscheck und Sicherheitskontrollen  
128 durchlaufen und dann rasch auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Die  
129 Erstunterbringung muss menschenwürdig sein und medizinische Versorgung sowie  
130 Schutzkonzepte für Frauen, Kinder und weitere besonders vulnerable Gruppen  
131 garantieren. Ein Campieren unter Plastikplanen oder gar unter freiem Himmel ist  
132 mit Menschenrechtsstandards unvereinbar. Auch muss eine unabhängige  
133 Rechtsberatung sichergestellt sein. Kapazitäten der Aufnahmezentren dürfen nicht  
134 überschritten werden.

135 Um Schutzsuchende gerecht zu verteilen, setzen wir auf einen Ansatz, der das  
136 Potenzial der Solidarität in Europa voll ausschöpft. Hunderte von Städten und  
137 Gemeinden in Europa haben sich bereit erklärt, Asylsuchende aufzunehmen. Für uns  
138 ist das der Ausgangspunkt. Wer helfen will, muss helfen können. Dabei müssen EU-  
139 Gelder zur Unterstützung bereitgestellt werden. **Die Blockadepolitik einzelner**  
140 **Mitgliedstaaten darf nicht länger ein menschenwürdiges Asylsystem verhindern.**

141 Deshalb setzen wir auf positive Anreize zur Stärkung der Solidarität. Wenn die  
142 freiwilligen Kapazitäten erschöpft sind und weitere Plätze für Asylsuchende  
143 benötigt werden sollten sich in einem weiteren Schritt alle Mitgliedsstaaten  
144 solidarisch beteiligen. Mitgliedstaaten, die sich grundsätzlich gegen die  
145 Aufnahme von Schutzsuchenden sperren, sollen stattdessen einen angemessenen  
146 finanziellen Beitrag leisten und sich so an einem funktionierenden Europäischen  
147 Asylsystem beteiligen. Der finanzielle Beitrag muss mindestens die tatsächlichen  
148 Kosten für die Aufnahme von Geflüchteten entsprechen und denjenigen  
149 Mitgliedsstaaten zugutekommen, die bereit sind, weitere Schutzsuchende  
150 aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Anreize für die Verteilung von  
151 denjenigen mitfinanziert, die den Schutz von Geflüchteten in Europa  
152 grundsätzlich ablehnen.

153

154 Wir wollen, dass Anknüpfungspunkte von Asylsuchenden an einen bestimmten  
155 Mitgliedstaat, wie familiäre Bindungen, Sprachkenntnisse oder frühere  
156 Aufenthalte, bei der Verteilung so weit wie möglich berücksichtigt werden. Das  
157 verbessert die Aussichten auf Integration und verringert die Anreize, irregulär  
158 in einen anderen Mitgliedstaat weiterzuziehen.

159

160 Die Europäische Kommission muss prinzipiell dafür sorgen, dass Geflüchtete  
161 überall in Europa Perspektiven haben. Missstände wie inhumane Zustände in  
162 Flüchtlingsunterkünften, illegale Pushbacks und Gewalt an der Grenze müssen ein  
163 Ende haben. Die Europäische Kommission darf nicht vor  
164 Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen gegenüber Mitgliedstaaten  
165 zurückschrecken, welche die Werte und Rechte der EU nicht respektieren.

#### 166 **Geflüchtete auch hierzulande schützen**

167 Im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus darf es keine doppelten  
168 Standards geben. Auch Geflüchtete müssen vor Corona geschützt werden – weltweit  
169 und hier in Deutschland. Neben zwingenden Hygieneplänen für eine Entzerrung

170 innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen und in Gemeinschaftsunterkünften muss  
171 eine sofortige Umverteilung von mindestens den Risikogruppen und den  
172 schutzbedürftigen Personen in die Kommunen erfolgen.

173 Abschiebungen sind derzeit faktisch ausgesetzt, da der Flugverkehr nahezu  
174 eingestellt wurde. Es ist auch aus menschrechtlicher Sicht absolut inakzeptabel,  
175 in Zeiten einer Pandemie an Abschiebungen festzuhalten, wie es die  
176 Bundesregierung jedoch tut. Sie gefährdet damit nicht nur die Geflüchteten,  
177 sondern auch die beteiligten Beamt\*innen und das Bordpersonal.

178 **Neben den 16 Landesintegrationsbeauftragten und zahlreichen Flüchtlings- und**  
179 **Menschenrechtsorganisationen fordern auch wir GRÜNE, Abschiebungen**  
**ausnahmslos**

180 **auszusetzen.** Dafür soll ein Abschiebestopp aus humanitären Gründen erlassen und  
181 die Abschiebhaft entsprechend ausgesetzt werden. Das BAMF und die  
182 Ausländerbehörden sollten keine negativen Bescheide mehr ausstellen, da  
183 Beratungsstellen und Anwält\*innen nur eingeschränkt arbeitsfähig sind. Alle in  
184 Deutschland lebenden Menschen sollten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus  
185 uneingeschränkt Zugang zu unserem Gesundheitssystem haben. Auch bei den  
186 Sozialleistungen muss darauf geachtet werden, dass Empfänger\*innen nach dem  
187 Asylbewerberleistungsgesetz bei den Hilfspaketen nicht vergessen werden.